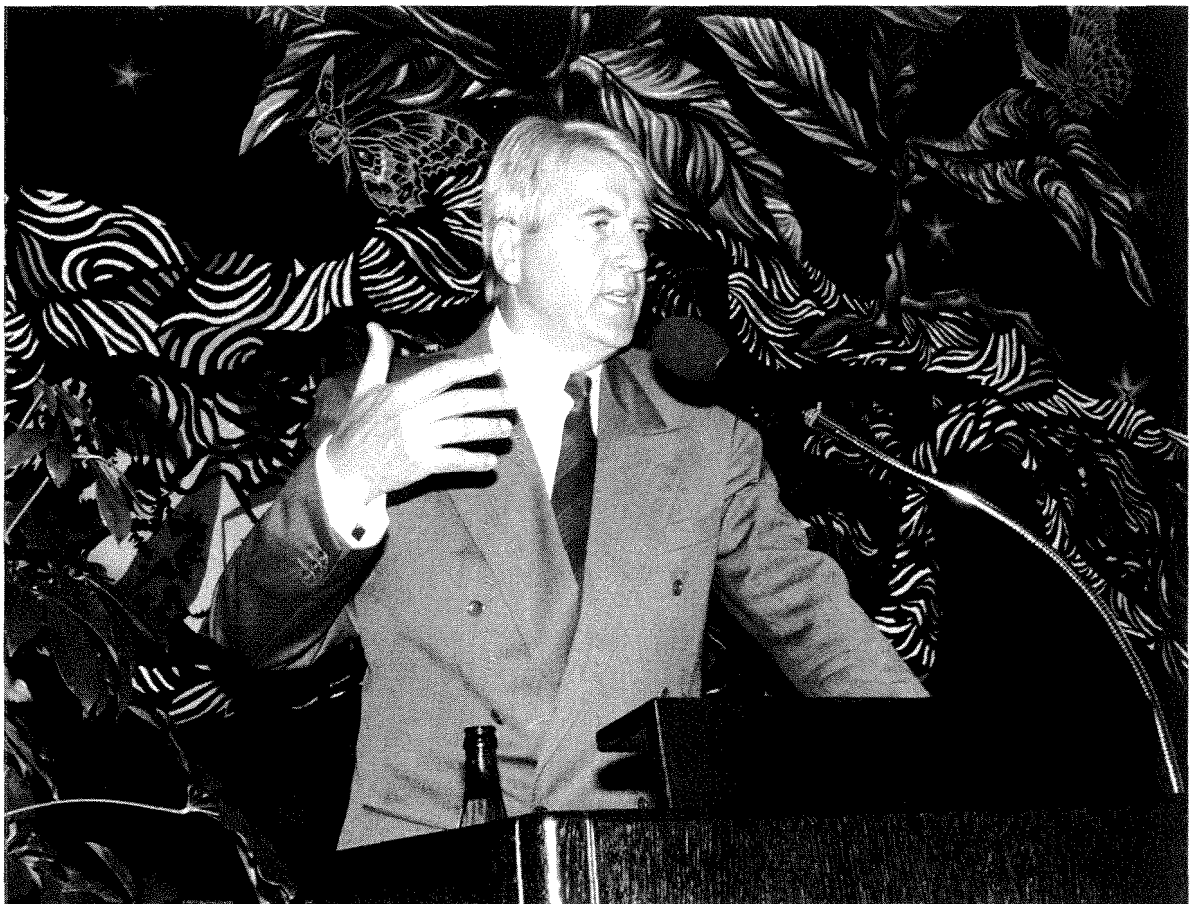


Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

I/1994

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Flottenadmiral a. D. Elmar Schmäling während seines Vortrags im Sitzungssaal des Osnabrücker Rathauses

Photo: E. Scholz

Friedensgespräch

17. Juni 1993

»Krisenbewältigung durch militärische Einsätze? Zur künftigen Rolle der Bundeswehr«

– Vortrag –

Elmar Schmähling
Flottillenadmiral a.D., Köln

Gewiß muß Deutschland, nachdem es die Einheit und seine volle Souveränität erlangt hat, in Europa und für die Welt die Rolle wahrnehmen, die ihm aufgrund seiner Geschichte, seiner Kultur und seiner Wirtschaftskraft zukommt. Ob aber die gewachsene Verantwortung Deutschlands auch eine neue deutsche Militärrolle geradezu selbstverständlich nach sich zieht, ist überhaupt nicht ausgemacht. Zwar wird von der Bundesregierung behauptet, Deutschland müsse seine aus den Verpflichtungen der UN-Charta resultierende Verantwortung gegenüber der Völkergemeinschaft in vollem Umfang wahrnehmen. In der praktischen deutschen Politik verkürzt sich aber der Streit um die neue deutsche Verantwortung seit langem auf die Forderung nach einer künftigen Teilnahme der Bundeswehr an weltweiten Kampfeinsätzen, und zwar nicht nur im Rahmen der UNO. Dabei wird die eigentlich zentrale Frage nicht gestellt, ob nämlich militärische Gewalt – sei sie durch den deutschen oder andere Staaten angewendet – zur Lösung der Probleme, die kriegerische Konflikte verursachen, überhaupt geeignet ist. Gegenüber dem Prototyp moderner Konflikte in Europa, dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, versagt dieses Instrument jedenfalls.

Die Geschichte der gewaltsamen Beendigung kriegerischer Auseinandersetzungen lehrt, daß mit Gewaltanwendung gegen Gewalt unmittelbar kein Frieden erreicht, sondern meistens die Saat für künftige Kriege gelegt wird. Gewalt schafft neue Gewalt. Am Ende erweisen sich Androhung oder Gebrauch militärischer Gewalt – so rechtlich abgesichert sie auch sein und so moralisch akzeptabel sie erscheinen mögen – als das Glied, das den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt immer wieder schließt. Schon deshalb ist es eine falsche politische Zielsetzung, Deutschland jetzt darauf vorzubereiten, militärisch in Konflikte eingreifen zu können, ohne diese Zusammenhänge ausführlich zu diskutieren. Bereits die Absichtserklärung und Vorbereitung darauf (wie die Aufstellung von Krisenreaktionskräften) schüren Angst und Mißtrauen bei den Menschen, die in der Vergangenheit unter deutscher Militärgewalt gelitten haben, und auch bei denjenigen, die heute offen als die Bedroher benannt werden, gegen die es sich zu rüsten gilt.

Für eine wirksame Politik der Friedensbewahrung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker gibt es keine Alternative zu einer Politik des Ausgleichs, der Vermittlung und der Überwindung von Konfliktursachen; zu einer Politik der Beseitigung von Willkür, Zwang und Ungerechtigkeit – innerstaatlich und zwischen den Völkern. Friedenspolitik darf sich nicht auf das Niederknüppeln der Menschen reduzieren, die ihr tatsächliches oder vermeintliches Recht mit Gewalt erzwingen wollen; eine solche Politik wäre nichts als Zudecken, kurzfristiges Ruheschaffen um der Ruhe willen. Insofern sind die Begriffe »friedensschaffende«, »friedensstiftende« oder gar »friedenserzwingende« Missionen für brutale militärische Gewaltanwendung nichts als platte Euphemismen. Wortschöpfungen, in denen das freundliche Wort »Frieden« nicht fehlen darf, sollen das dahintersteckende Übel verdecken. Aber wie bei dem »arbeitsplatzschaffenden« Hinauswurf, der »wohnraumschaffenden« Entmietung und der »liebeerzwingenden« Vergewaltigung ist der »friedensschaffende« Krieg alles andere als eine Wohltat für die Objekte des »Schaffens«.

Diese Art von Demagogie setzt ganz bewußt das Ziel (besser: die Hoffnung) *Frieden* mit dem Mittel *Krieg* gleich. Während nämlich der Friede als das Ergebnis militärischer Gewaltanwendung eine äußerst vage Hoffnung bleibt, ist der Krieg als Mittel sicher: grausamer Tod und Verstümmelung Unschuldiger, Zerstörung und Verseuchung der Existenzgrundlagen der Überlebenden, Vertreibung, Elend, Not und Haß sind die wahren Elemente des »Friedensschaffens« mit militärischer Gewalt.

Bevor daher überhaupt an die Aufstellung von Interventionsstreitkräften zum »Friedensschaffen« gedacht werden kann, muß *die* zentrale Frage beantwortet sein: Ist Waffengewalt, besonders unter den Bedingungen einer vernetzten und verwundbaren Welt,

überhaupt ein taugliches Mittel zur »Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art«¹ oder zur »Sicherung, Schaffung und Erhaltung des Friedens« (CDU-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag Wolfgang Schäuble)?

I. Die deutsche »Kultur der Zurückhaltung«

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland vollständig entmilitarisiert. Die Wiederbewaffnung der Westdeutschen in der Mitte der 1950er Jahre war dann nach einem schmerzlichen innenpolitischen Prozeß nur möglich, weil eine feste Verankerung der neuen deutschen Streitkräfte in ein Bündnis westlicher Demokratien und eine Beschränkung deutscher Militäreinsätze auf »Selbstverteidigung« im Sinne von *nur* Landesverteidigung (gem. Art. 51 UN-Charta) festgeschrieben wurde. Die Bundeswehr verzichtete auf einen eigenen Generalstab und eine eigene nationale Militärstrategie.

Die Gründe für die damalige und bis heute als Tugend, als Lehre aus der Geschichte gepriesene Zurückhaltung waren massiv. Sie haben bis heute ihr Gewicht nicht verloren, auch wenn mancher meint, das wiedervereinte und uneingeschränkt souveräne Deutschland könne nun so »normal« sein wie Frankreich, Großbritannien oder die Vereinigten Staaten von Amerika. Eine solche Haltung ist nicht nur höchst unpolitisch, sondern ganz und gar geschichtsvergessen. Deutsche Soldaten und deutscher Militarismus haben wie sonst niemand und nichts Tod und Schrecken über die Welt gebracht:

- Deutschland ist verantwortlich für den Völkermord an den Hereros und Nama-Hottentotten;
- Deutschland hat besondere Schuld am Ersten Weltkrieg, hat diese aber stets geleugnet und den Friedensvertrag von Versailles nicht eingehalten;
- es hat in diesem Krieg durch Repressalien gegen die Zivilbevölkerung (U-Boot-Blockade, »verbrannte Erde« beim Rückzug aus Flandern) schwere Kriegsverbrechen begangen, die der Hauptgrund für die im Versailler Vertrag vereinbarten Reparationen waren. Deutschland hat auch den vom verbündeten Osmanischen Reich verübten Völkermord an den Armeniern stillschweigend geduldet;
- es hat im Spanischen Bürgerkrieg putschende rechtsradikale Truppen gegen die gewählte Regierung unterstützt und damit geholfen, die Franco-Diktatur zu errichten;
- Deutschland hat mit dem Ultimatum für die Sudetendeutschen 1938 den Frieden aufgekündigt, der dann durch das Münchner Abkommen nur mühsam gerettet werden konnte;
- es hat alsbald das Münchner Abkommen gebrochen, die Tschechoslowakei zerschlagen und deren tschechischen Teil als Protektorat vereinnahmt;
- Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg als Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg durch den Überfall auf Polen initiiert und ständig ausgeweitet durch völkerrechtswidrige Überfälle auf neutrale Staaten (Belgien, Dänemark, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Sowjetunion) und durch Kriegserklärungen an Kriegsgegner seiner Verbündeten Italien und Japan, die ihrerseits Griechenland (Italien), die USA und weite Teile Ostasiens überfallen hatten;
- es hat im Zweiten Weltkrieg erneut Krieg gegen die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete geführt; darüber hinaus – in seiner Organisiertheit und Intensität einmalig in

1 Bundesministerium der Verteidigung (Hg.). *Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundausrichtung der Bundeswehr*. Bonn, Januar 1992.

der Weltgeschichte – Völkermord an Juden, Sinti und Roma begangen. Das deutsche Militär hat mit Geiseler-schießungen, dem Mord an Kriegsgefangenen bei der Gefangennahme (sog. Kommissarbefehl und Emigrantenbefehl) und in den Lagern der Wehrmacht für östliche Kriegsgefangene (zwei Millionen verhungerte Sowjetsoldaten) ebenfalls alle bisher kriegsbekanntes Greuel-taten überboten. Über zehn Millionen Menschen sind auf diese Weise im Zweiten Weltkrieg vom deutschen Militär und von der Waffen-SS ermordet worden. Die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg angewandten Prinzipien hat zwar die UNO als Völkerrecht übernommen; im UNO-Mitgliedstaat Deutschland gelten sie aber weiterhin als Ausdruck einer »Siegerjustiz« und sind deshalb z.B. in den Sammelbänden *Völkerrechtliche Verträge* und *Menschenrechte* der Beck-Texte (Deutscher Taschenbuchverlag) nicht aufgenommen.²

II. Das Militär als Mittel der Politik

In der Art und Weise, wie die Bundesregierung wider besseres Wissen Glauben machen möchte, daß die mit dem Zustrom von Flüchtlingen zusammenhängenden innenpolitischen Probleme durch eine bloße Grundgesetzänderung gelöst werden könnten, gibt sie ebenfalls vor, daß durch eine entsprechende Verfassungsänderung, die den weltweiten Einsatz der Bundeswehr erlaubt, die internationalen Krisen und Konflikte beizulegen wären. Dabei steht die große Eile, mit der eine Verfassungsänderung herbeigeführt werden soll, in einem bezeichnenden Mißverhältnis zu den realen Hinderungsgründen, deutsche Soldaten auch tatsächlich einsetzen zu können. Schließlich sind die kriegerischen Töne hierzulande auch eine Art Verzweiflungsakt gegen die vernichtende Erkenntnis, daß all das »schöne« und teure Militär am Ende zu nichts zu gebrauchen ist. Nach Auflösung der militarisierten Ost-West-Verkrampfung in eine tiefe Legitimationskrise gestürzt und in ihrem Selbstbewußtsein stark reduziert, beeilen sich die Militärlobbyisten mit und ohne Uniform, die Streitkräfte als das neue Allheilmittel zur Verhinderung und Lösung aller möglichen Krisen und Konflikte anzupreisen, um damit ihre Zukunft zu sichern.

Auf dem Balkan erleben wir geradezu den Modellfall eines modernen Konflikts. Kaum durchschaubare und ineinander verwobene politische, ethnische und religiöse Probleme brechen auf in einer Eruption von Haß und Blindwütigkeit. Militärische Gewalt erweist sich gegenüber einem derart komplexen Problemfeld als denkbar ungeeignet. Wo und wer ist der Feind? Wer sind die »Guten«, wer die »Bösen«? Wen schlagen, wem beistehen? Militärisches Eingreifen gliche in dieser Lage der Behandlung eines Kranken mit dem Holzhammer.

Die Hilflosigkeit der Weltgemeinschaft gegenüber dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien legt den Bankrott militärischer Gewalt als Mittel der Politik schonungslos offen. Gewaltideologien haben ausgedient; neben den Waffen müssen nun auch die falschen Glaubenssätze von der angeblichen Heilkraft militärischer Gewalt verschrottet werden. Statt dessen gebiert die Unfähigkeit, der vielfältigen innerstaatlichen und internationalen Probleme Herr zu werden, eine neue allgemeine Gewaltbereitschaft. Zuerst hat sie auf einige Friedensforscher übergegriffen, jetzt bricht sie sich auch in der SPD-Spitze Bahn. Die Sucht, dem deutschen Militär die NATO-Grenzen zu öffnen, nimmt immer mehr Züge von Fanatismus an: je unrealistischer und weiter entfernt das Ziel des gewaltsamen »Friedensschaffens«, umso heftiger die Anstrengung, ihm nachzujagen.

² Aufzählung entnommen aus: Ulrich Finckh. Undatiertes Vortragsmanuskript.

III. Die neue militärische Aufgabe nach dem Verlust des Feindes

Warum erzeugen die Bundesregierung und dabei insbesondere die Regierungspolitiker der CDU/CSU einen so massiven Druck, um die Voraussetzungen zu schaffen, deutsche Soldaten an militärischen Kampfeinsätzen in aller Welt teilnehmen zu lassen? Deutschland mache sich *lächerlich*, es könne nicht immer nur einen finanziellen Beitrag leisten, die *Würde* Deutschlands verlange das »Mitmachen«, so lauten die Parolen aus dem Regierungslager, um auch öffentlichen Druck in dieser Richtung zu erzeugen. Was steckt hinter diesem fanatischen Eifer, unser Land als eine »normale« Militärmacht zu etablieren?

1. Eine der Haupttriebfedern, eine neue tragfähige Rolle für die Bundeswehr zu schaffen, ist die Auflösung des Warschauer Paktes und damit der bisherigen militärischen Bedrohung. Dies räumen Verteidigungsminister und Generalinspekteur freimütig ein. In den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom 26. November 1992 heißt es unter Nr. 18: »Für Deutschland ist die existentielle Bedrohung des Kalten Krieges irreversibel überwunden. Der bedrohlichste Fall einer groß angelegten Aggression ist höchst unwahrscheinlich geworden.« Und weiter unter Nr. 25: »Militärische Konflikte, die Deutschlands Existenz gefährden könnten, sind unwahrscheinlich geworden.« Darüber hinaus: »Deutschland liegt nicht mehr in unmittelbarer Reichweite eines zur strategischen Offensive und Landnahme befähigten Staates. [...] Deutschland ist nicht länger Frontstaat. Statt dessen ist es heute ausschließlich von verbündeten und befreundeten Partnern umgeben.« (Nr. 9).³
2. Der Existenzsicherung der Bundeswehr nach dem Verlust einer glaubhaften militärischen Bedrohung dient auch der Versuch, Streitkräfte als natürlichen Ausdruck des Selbstbehauptungswillens eines freien und souveränen Volkes darzustellen. Streitkräfte habe nun einmal jeder Staat; nur mit solchen sei ein Staat politik- und bündnisfähig.
3. Eine weitere Argumentationslinie, der Bundeswehr neue Legitimation zu verschaffen, lautet: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sei die Welt eher unsicherer geworden, neue Risiken und Instabilitäten gefährdeten die Sicherheit Europas. Obwohl diese neuen Sicherheitsgefährdungen in keiner Weise zu militärischen Risiken für die Bundesrepublik Deutschland und ihre verbündeten Staaten anwachsen können, schüren Regierung und Bundeswehrführung eine dumpfe Angst bei den Menschen vor den »neuen Gefahren« und erwecken so leichtfertig oder vorsätzlich den Eindruck, die Bundeswehr könne gegen diese Gefahren etwas ausrichten. Interessanterweise kommt der Verteidigungsminister in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* selbst zu folgendem Schluß: »Nach Auflösung der bipolaren Ordnungsstruktur gewinnen regionale Krisen und Konflikte und nichtmilitärische Risiken an Virulenz und Brisanz. Ihr Spektrum reicht von der innerstaatlichen Dimension sozialer, ethnischer, religiöser und ökonomischer Krisen über die regionale Dimension, die auch machtpolitische Faktoren, territoriale Ansprüche und Verteilungskämpfe umfaßt, bis hin zu globalen Dimensionen des Wohlstands- und Entwicklungsgefälles, sowie demokratischer, ökonomischer und ökologischer Fehlentwicklung. Diese Risiken sind aufgrund ihres Ursachencharakters nicht militärisch lösbar. Sie können auch nicht mit militärischen Potentialen ausbalanciert werden.«⁴ In diesem Textungetüm werden tatsächlich alle denkbaren negativen Entwicklungen in dieser Welt aufgeführt.

³ Bundesministerium der Verteidigung (Hg.). *Verteidigungspolitische Richtlinien*. Bonn, 26. November 1992.

⁴ Ebd.

4. Wenn also Krisen und Konflikte mit militärischer Gewalt nicht lösbar sind, wozu dann die Aufstellung internationaler Eingreiftruppen und nationaler »Krisenreaktionskräfte«? Wahrscheinlich steckt hinter diesen offenkundigen Widersprüchen die folgende Einsicht: Die Zerstörung weiter Teile des Globus mit der Vernichtung von Lebenschancen der Menschen geht beschleunigt weiter. Armutsflucht, Aufruhr und Widerstand gegen die örtlichen Potentaten und gegen die reichen Staaten werden immer gefährlicher. Nicht zur Lösung der Konflikte und auch nicht zu ihrer Verhinderung, jedoch zur Eindämmung solcher krisenhaften Entwicklungen, die deutsche und europäische Sicherheitsinteressen stören könnten, ist militärisches Eingreifen geplant.

Diese Absicht, künftig Gewaltanwendung mit Gegengewalt zu beenden, hat viele gefährliche Wirkungen:

- a) Das gewalttätige Niederringen von Konfliktparteien behebt nicht die Ursachen der Auseinandersetzungen. Moderne Waffen gegen moderne, d.h. besonders verwundbare Gesellschaften (dies trifft auch für die Ballungszentren in Entwicklungsstaaten zu) bedeutet stets, daß die Anwendung militärischer Gewalt unverhältnismäßig ist, sehr viele zivile Opfer und die Vernichtung der Lebensgrundlagen Unschuldiger zur Folge hat. Derartige Interventionen provozieren stets Angst, Haß und Rachebedürfnisse. So wird mit jedem Gewaltakt – auch wenn er zunächst Ruhe schafft – die Saat für neue Gewalt gelegt.
- b) Die Absicht, militärisch zu intervenieren, verfolgt eine Scheinlösung, die andere, nicht gewaltsame Konfliktlösungs- oder Vermeidungsstrategien verhindert. Während auf repressive Instrumente als reguläre und legitime Mittel der Politik gesetzt wird, wird die Entwicklung präventiver Mittel und Methoden versäumt. Ursachen für Krisen und Konflikte werden auf diese Weise auch weiterhin nicht behoben.
- c) Ist das Mittel militärischer Intervention erst einmal etabliert, so besteht die Gefahr, daß dies immer häufiger notwendig erscheint und schließlich unkontrollierbar ausufert. Aus einzelnen Brandherden, an denen nach dem »Löschen« die Glut der Konfliktursachen weiterglimmt, kann bald ein Flächenbrand werden, der zuletzt auch die westeuropäische »Insel der Seligen« erfaßt.
- d) Eine neue Politik des Interventionalismus braucht auch künftig ein starkes offensivfähiges Militärpotential; sie fördert damit militärisches Denken in der Gesellschaft, ist auf Konfrontation gerichtet und bewirkt über die Gegenrüstung der bedrohten Staaten und Regionen einen neuen Rüstungswettlauf. Diese Politik verschlingt somit weiterhin große Ressourcen, die aber dringend für die Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung und zum Schutz und zur Renaturierung der Umwelt gebraucht werden.
- e) Eine neue Gewaltbereitschaft in der Außenpolitik der Staaten weckt auch eine neue Gewaltbereitschaft im Inneren der Gesellschaften und in der Austragung gesellschaftlicher Konflikte.

In einer Situation der Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik muß vermieden werden, falsche Fragen zu stellen, weil sie immer zu falschen Antworten führen. Solche Fragen lauten z.B.:

- Muß Deutschland nach Erlangung der vollen Souveränität und nach der Wiedervereinigung seine gewachsene Verantwortung gegenüber der Völkergemeinschaft nicht endlich vollständig wahrnehmen?
- Können wir Deutsche uns weiterhin in einer Nische der Weltgeschichte verkriechen?

- Können wir Deutsche unseren Freunden, die Jahrzehnte zu unserem Schutz in Europa präsent waren, die »Drecksarbeit« überlassen, die Kastanien allein aus dem Feuer holen lassen?
- Sind wir Deutsche denn klüger und moralischer? Soll wieder – diesmal in umgekehrtem Sinn – die »Welt am deutschen Wesen genesen«?

Diese Suggestivfragen verfolgen nur ein Ziel: die Antwort soll »Nein!« lauten und die schnelle Schlußfolgerung daher: Deutschland muß an internationaler militärischer Gewaltanwendung teilnehmen! Dabei sind die Fragen, die jetzt in unserem Volk diskutiert werden müssen, ganz andere:

- Ist die »Weltunordnung« tatsächlich durch eine verstärkte Bereitschaft zu militärischer Gewaltanwendung behebbar?
- Lösen militärische Interventionen Konflikte? Verhindern sie die Entstehung neuer Konflikte?
- Ist Krieg ein geeignetes Instrument der Politik im Sinne der UN-Charta, die auf die Bewahrung bzw. Wiederherstellung des Weltfriedens gerichtet ist?
- Gibt es gewaltlose Mittel und Methoden zur Krisen- und Konflikteindämmung oder zu deren Vermeidung?
- Welche Wirkungen und Folgen wären zu erwarten, wenn das gewaltige Aufrüsten der Krisenregionen durch die Industriestaaten beendet würde?
- Welchen Einfluß werden die weitere Umweltzerstörung und das gegenwärtige System der Weltwirtschaft auf künftige Krisen und Konflikte ausüben?
- Können die Deutschen einen anderen als militärischen Beitrag zur Umgestaltung der »Weltordnung« leisten? Ergibt sich eine besondere Verpflichtung dazu aufgrund unserer spezifischen Erfahrung mit Krieg und Gewalt?

Am Ende einer gründlichen und leidenschaftlichen Erörterung dieser Fragen muß eine klare, durch einen breiten Konsens unserer Menschen getragene neue Außen- und Sicherheitspolitik stehen.

IV. Das künftige Gesicht der neuen Bundeswehr

Die neue Rolle der Bundeswehr kann erst definiert werden, wenn die genannten Fragen beantwortet und das außen- wie sicherheitspolitische Konzept formuliert sind. Deswegen ist es verfrüht, bereits heute über Auftrag, Umfang, Bewaffnung und Organisationsgrundsätze der deutschen Streitkräfte in der neuen weltpolitischen Lage zu entscheiden. Die Bundesregierung jedoch hat einen Weg eingeschlagen, der dem diametral entgegensteht. Ohne ausreichende Lageanalyse, ohne Rechtsgrundlage und ohne gesellschaftliche Legitimation wird die Armee umgestaltet. Weil dieser Planung keine langfristige Konzeption zugrunde liegt, wird der Verteidigungshaushalt – dessen gegenwärtiger Umfang hier keineswegs gerechtfertigt werden soll – zur leichten Beute der Sparpolitik.

Was ist angesichts dieser Lage zu tun? Gerade weil die Bundesrepublik Deutschland heute durch niemand und nichts militärisch bedroht wird, kann, ja muß sich unser Staat eine grundlegende Beurteilung der Sicherheitslage erlauben. Nach etwa zwei Jahren Lagebeurteilung, an der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen teilnehmen müssen, kann dann vor dem Hintergrund eines neuen Sicherheitsbegriffs die verbleibende militärische Aufgabe Deutschlands in Europa definiert und organisatorisch umgesetzt werden.

Dieser Vorschlag bedeutet indes nicht Stillstand des Prozesses der Abrüstung und Konversion. Einige Grundfestlegungen im Sinne von Rahmenvorgaben für künftiges Militär sind als politische Entscheidungen unverzüglich zu treffen. Sie erlauben einen zügigen Abbau der Überrüstung aus der Zeit des Kalten Krieges:

1. Der künftige Personalumfang deutscher Streitkräfte wird wesentlich weniger als 370.000 Soldaten betragen. Deshalb kann der Personalabbau beschleunigt vorangetrieben werden.
2. Die Auftragsbeschränkung deutscher Streitkräfte auf Verteidigung wird nicht aufgehoben.
3. Eine zentrale und integrierte Führung der Streitkräfte in einer künftigen politischen Europäischen Union wird es nicht geben.
4. Für die voraussichtliche Übergangsfunktion für Streitkräfte in einem europäischen Sicherheitssystem werden die klassischen offensiven Großwaffensysteme nicht mehr benötigt. Deshalb werden Angriffspanzer und -flugzeuge sowie U-Boote zügig abgeschafft.
5. Die Allgemeine Wehrpflicht und das Berufssoldatentum werden aufgegeben. In den kleinen Übergangsstreitkräften werden nur noch Freiwillige beschäftigt, deren Höchstdienstzeit je nach Tätigkeit vier, acht oder zwölf Jahre beträgt.

Aufgrund solcher Prämissen – weitere und andere wären denkbar – werden einschlägige Forschungen, Entwicklung und Beschaffung von Waffen und Ausrüstung, die absehbar nicht mehr benötigt werden, sofort storniert. Investitionen in die Militärinfrastruktur werden generell gestoppt bis über den künftigen Auftrag der Bundeswehr entschieden ist.

V. Auf dem Weg zur UNO-Weltordnung

Das Bewußtsein, daß die Menschen in *einer Welt* leben, muß endlich auch auf die sog. äußere Sicherheit der Staaten übertragen werden. Weder Staaten noch Regionen können ihre Sicherheit allein oder gar auf Kosten anderer bewahren. Vordringlich sind jetzt die Umsetzung des Prinzips der »Gemeinsamen Sicherheit« (einschl. der Vorsorge gegen den Rückfall in militärische Konfrontation) und die Entwicklung eines neuen umfassenden Verständnisses von Sicherheit, und zwar im Sinne der Gesamtheit von Maßnahmen zur Vorbeugung und Abwehr der Gefahren, welche die Lebensgrundlagen und die Existenz aller Menschen bedrohen. Die Verschwendung weiterer menschlicher und materieller Ressourcen für Militär und Rüstung, die gegen die realen Gefahren machtlos sind, darf nicht länger hingenommen werden.⁵

Wer für die Zukunft Gewalt als Mittel der Politik ablehnt, muß eine Antwort auf die Frage finden, wie die Weltgemeinschaft auf Völker- und Menschenrechtsverletzungen reagieren soll. Wie soll sich die Welt gegenüber massiven Gewaltanwendungen gegen unschuldige Menschen verhalten? Wie kann das Leiden von Menschen, die Opfer grausamer Kriege werden, vermindert, wie können geschundene und gequälte Menschen in Vernichtungslagern gerettet werden?

Darauf ist nur eine pragmatische, zweiteilige Antwort möglich:

⁵ Kapitel VII und die Anlagen meines Buches *Ohne Glanz und Gloria. Die Bundeswehr – Bilanz einer neurotischen Armee*. Düsseldorf: Econ, 1991, enthalten weitere Informationen zu diesem Thema.

- a) Zunächst muß auf der einen politischen Ebene alles getan werden, um die Völkergemeinschaft zu einer wirklich kollektiven Sicherheitsorganisation auszubauen, die über ein gemeinsames Gewaltmonopol verfügt und ein gemeinsames funktionsfähiges System friedlicher Konfliktvermeidungs-, -eindämmungs- und -verhinderungsstrategien entwickelt.
- b) Solange dieses System noch nicht wirksam ist, muß auf einer zweiten Ebene kollektiv und solidarisch auf Völker- und Menschenrechtsverletzungen reagiert werden, was auch die Anwendung von Gewalt einschließt. Im Unterschied zu militärischen Interventionen großen Stils (die gewöhnlich unverhältnismäßig sind) ist dabei das Gebot der Verhältnismäßigkeit genauestens zu beachten (wie bei einem Polizeieinsatz). D.h., es darf jeweils nur das geringste nötige Maß an Gewalt angewandt werden; es ist streng darauf zu achten, daß nicht weitere unschuldige Menschen Opfer eines solchen Einsatzes werden.

Bei der Hilfe zum Schutz bedrohter Menschen dürfen nationale oder regionale Interessen keine Rolle spielen. Demnach dürfen diejenigen Staaten an solchen Aktionen nicht teilnehmen, die Interessen in dem betroffenen Staat verfolgen, in dem Hilfe geleistet werden muß. Entscheidend ist, daß derartige Hilfsaktionen nicht auf den militärischen Sieg über bewaffnete Kräfte zielen, nicht auf deren Bestrafung noch auf »Konfliktlösung« und auch nicht auf das zwangsweise Installieren einer neuen politischen Ordnung, sondern ausschließlich darauf, Menschen zu retten. In dem Maße, wie eine Politik der ersten Ebene erfolgreich ist (also zunehmend nationales Gewaltpotential zugunsten einer funktionierenden Völkergemeinschaft aufgegeben wird), wird die zweite Ebene der begrenzten Hilfsaktionen – auch mit den Mitteln der Gewalt – an Bedeutung verlieren.